

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund

**Band:** 17 (1925)

**Heft:** 7

**Rubrik:** Ausland

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ortes für die nächste Delegiertenversammlung (Schaffhausen oder Locarno) wird dem Zentralkomitee überlassen. Nach Beratung verschiedener die Krankenkasse betreffenden Anträge wurde darauf die Delegiertenversammlung geschlossen.



## Ausland.

**China.** Die fortgesetzten Unruhen in Schanghai haben manchen Europäer auf die Verhältnisse im fernen Osten aufmerksam gemacht, der sich sonst nicht um Dinge zu kümmern pflegt, an denen er nicht direkt beteiligt ist. Nun ist es aber gerade für die Arbeiterschaft wichtig, sich über die Ursachen der revolutionären Strömungen Rechenschaft zu geben. In den Pressberichten des I. G. B. veröffentlicht Genosse Brown einen sehr instruktiven Artikel über die Verhältnisse in den betroffenen chinesischen Provinzen.

Schanghai ist einer der Vertragshäfen, d. h. seine Gemeindebehörden setzen sich zum grössten Teil aus Vertretern des fremden Kapitals und Konsuln fremder Länder zusammen. Hier und da ist ihnen ein Chinese als Beirat beigegeben; die grosse Masse aber ist ohne irgendwelche politische Rechte. Ein Arbeiterschutz besteht überhaupt nicht und die Löhne für die Arbeiter sind so gering, dass sie dabei nicht existieren können: Sie belaufen sich auf 16 bis 30 Schilling pro Monat; Arbeiterinnen verdienen 2½ bis 6 pence pro Tag (30 bis 70 Rappen). Die Kinderarbeit ist weit verbreitet und namentlich in den von britischen und japanischen Industriellen betriebenen Seidenspinnereien herrschen haarsträubende Zustände. Die Arbeitszeit der Kinder beträgt bis zu 16 Stunden pro Tag; dazu muss die Arbeit grösstenteils stehend verrichtet werden. Von den in Schanghai beschäftigten 82,696 Fabrikarbeitern sind 13,062 weniger als 14 Jahre alt.

Versuche zur Verbesserung wurden unternommen, so wurde eine Fabrikordnung aufgestellt, die jedoch toter Buchstabe blieb. Ferner wurde eine Kommission eingesetzt, die die Kinderarbeit bekämpfen sollte; sie schlug vor, die Kinderarbeit für Personen unter 10 Jahren und nach Ablauf einer Uebergangsperiode von 4 Jahren für Personen unter 12 Jahren zu verbieten. Auch sollte den Kindern alle 14 Tage ein Ruhetag gewährt werden. Bei weitergehenden Reformen drohte die Industrie sofort, in andere Provinzen abzuwandern, wo gar keine Kontrolle besteht. Die Regierung in Peking ist machtlos, da die Fabriken von Schanghai exterritorial sind. Auf der Washingtoner Konferenz wurde allerdings die Bildung einer Kommission für die exterritorialen Gebiete vorgeschlagen; sie erfolgte aber nie. Fortgesetzte Streiks und industrielle Unruhen deuteten schon seit längerer Zeit auf die sich vorbereitende Umwälzung hin. Die Ermordung eines chinesischen Arbeiters durch einen japanischen Vorarbeiter gab Anlass zu den heutigen Unruhen. Diese dehnen sich immer weiter aus und die kapitalistische Presse gibt unumwunden zu, dass es schwer halten wird, sie einzudämmen. Neben diesen direkt wirtschaftlichen Ursachen spielen auch andere Faktoren eine Rolle in der revolutionären Bewegung. So beeinflussen auch die pan-asiatische Idee und die Rivalität der verschiedenen Grossmächte die Lage.

**Dänemark.** Nach zwölfwöchigem Kampfe hat die grosse Arbeiter-Aussperrung in Dänemark mit einem Erfolg der Arbeiterschaft ihr Ende gefunden. Wir haben in der letzten Nummer der «Gewerkschaftlichen Rundschau» über die Ursachen des Kampfes berichtet. Während des ganzen Kampfes wurde fast ununterbro-

chen verhandelt. Oft hatte es den Anschein, als ob die Verhandlungen unmittelbar vor dem Abschluss stünden; trotzdem zögerten die Gewerkschaften keinen Augenblick, ihre schärfsten Waffen, wie den Transport- und Seeleutestreik, in Anwendung zu bringen. Nachdem die Arbeitgeber der Metallindustrie gezwungen waren, eine Lohnerhöhung von 3 Prozent zu gewähren, mussten sie schliesslich auch den ungelerten Arbeitern entgegenkommen. Sie machten weitgehende Zugeständnisse, so dass der Hauptvorstand und das Verhandlungskomitee des Verbandes der ungelerten Arbeiter dem Vermittlungsvorschlag des Schlichtungsbeamten zustimmten. Im Vorschlag ist ferner eine halbjährliche Lohnregulierung nach dem Preisindex vorgesehen. Die Arbeitgeber haben dem Vermittlungsvorschlag ebenfalls zugestimmt. Der Solidarität der dänischen Arbeiterschaft ist es zu verdanken, dass der Grosskampf mit einem Erfolg der Arbeiter endete. Die arbeitenden Kollegen leisteten Extrabeiträge von 8 bis 12 Kronen pro Woche für ihre ausgesperrten Kameraden.



## Notizen.

**Apostel der Zersplitterung.** Ein Jahrhundert lang seufzt das arbeitende Volk unter der Fuchtel des Kapitals. Die moderne Produktionsweise degradierte den Arbeiter zur Ware, entriss die Mutter den Kindern und raubte den Kindern ihr Anrecht auf eine sorglose Jugendzeit. Was taten die Kirchen allesamt gegen diese Not? Sie predigten Entsagung, Genügsamkeit und verhiessen den Darbenden ein besseres Jenseits.

Jahrzehnte dauerte es, bis es der Arbeiterschaft unter Opfern und Verfolgungen gelang, durch den Zusammenschluss zur gewerkschaftlichen Organisation und mit Hilfe der sozialdemokratischen Partei als der einzigen, die sich der Arbeiterinteressen annahm, sich vom ärgsten Druck zu befreien und ihre Menschenwürde wieder zu erlangen.

In dem Moment, als die Gewerkschaften begannen, ein Machtfaktor zu werden, begannen sich denn auch die verschiedenen Kirchen daran zu erinnern, dass es eine soziale Frage gibt. Zuerst erlebten wir die Gründung von katholischen Gewerkschaften und nun auch noch die von evangelischen. Die spaltende Tätigkeit der Evangelischen machte sich seit längerer Zeit bemerkbar, kam aber in den letzten Wochen sinnfällig zum Ausdruck durch die Veranstaltung eines evangelisch-sozialen Kongresses in Zürich. Es sollen vertreten gewesen sein ausser dem Veranstalter, dem Verband ev. Arbeiter und Angestellter der Schweiz: Evangelischer Kirchenbund, die Kirchenräte von Zürich, Baselstadt, Aargau, Thurgau, Graubünden, Appenzell und Glarus, ferner verschiedene Freikirchen, das blaue Kreuz, die ev. Jünglings- und Männervereine, der Verband «Volksdienst» usw. Unter den Resolutionen, die gefasst wurden, interessiert die folgende:

«Die freien Gewerkschaften, welche sich auf den Boden der materialistischen Weltanschauung stellen, ferner die Ausschaltung der privatwirtschaftlichen Freiheit und Initiative auf dem Gebiete der Produktion zugunsten der allgemeinen Vergesellschaftung der Produktionsmittel und den Klassenkampf im marxistischen Sinne zu Programmforderungen gemacht und sich mit dem politischen Sozialismus identifiziert haben, sind abzulehnen als Organisationsgebilde für die christlich-protestantischen Arbeitnehmer.

Der Zusammenschluss aller evangelischen Arbeitnehmer in einer Einheitsorganisation, mit besonderer